

In der letzten Zeit war in den Medien spekuliert worden, über welche Finanzmittel die FARC verfügt. Die kolumbianische Behörde der Finanzaufsicht UIAF hatte dazu Analysen erstellt.

Das Magazin EL ESPECTADOR veröffentlichte am 29.4.2016 eine Analyse über die Praxis der Geldwäsche der Guerrilla:

### **So wäscht die Guerrilla in Kolumbien Geld**

Die inoffizielle Mitteilung einer geschätzten (und astronomischen) Geldsumme im Besitz der FARC an eine internationale Journalistin kostete den letzten Direktor der Finanzaufsichtsbehörde Luis Edmundo Suárez seinen Posten. Immerhin hinterließ Suárez vor seinem Ausscheiden aus dem Amt ein Dokument von 56 Seiten, in dem er darlegt, wie FARC und ELN das Geld auftreiben und waschen, mit dem sie den Krieg mittels Genossenschaften und andere Organisationen ohne Erwerbscharakter finanzieren.

Nach den Ermittlungen der UIAF, die sie gemeinsam mit der Aufsichtsbehörde für das Genossenschaftswesen (Supersolidaria) durchführte, haben die illegalen bewaffneten Organisationen über Jahre sich juristischer Personen wie Genossenschaften und Arbeitnehmerfonds bedient, um Gelder zu waschen, die aus Erpressungen und Entführungen stammten und um Mittel aus dem Finanzsystem abzuzweigen.

Im Jahr 2015 gab es im Land mehr als 4000 Organisationen der „solidarischen Wirtschaft“, die insgesamt jährliche Einnahmen von umgerechnet ca. 7 Mrd € verzeichneten, und die 5,6 Millionen Mitglieder und rund 79000 Beschäftigte hatten. Das Finanzvolumen, das dieser Wirtschaftssektor bewegt und die Schwierigkeiten seiner Kontrolle durch staatliche Instanzen haben dazu geführt, dass er zu einem der Aktionsfelder wurde, das die Guerrilla sich aussuchte, um ihre Truppen zu unterhalten, die Familien ihrer Kämpfer zu unterstützen, Anhänger zu gewinnen und Aufklärung zu betreiben.

Als Beweis dafür identifizierten UIAF und Supersolidaria fünf unterschiedliche Vorgehensweisen, mithilfe derer die Rebellen sich über Organisationen ohne Gewinnabsicht Vorteile verschafften. Die erste Modalität bestand darin, dass Genossenschaften oder Kleinunternehmen gegründet wurden im Bereich der Viehzucht und der Weiterverarbeitung von Agrarprodukten. Diesen Organisationen, eingetragen auf Vorstände gemeinschaftlicher Aktionsgruppen, übergab die Guerrilla Gelder oder Vieh, die sie durch Erpressung, Diebstahl oder Entführungen erhalten hatte. Außerdem erhielten die Organisationen Beiträge von Dritten, gezahlt freiwillig oder unter Zwang.

Diese Kooperativen wuchsen trotz ihrer Standorte in Kampfzonen rasch und diversifizierten ihre Wirtschaftstätigkeit in der landwirtschaftlichen Verarbeitung, wie sie in ihren Geschäftsberichten angaben. Dieses nicht erklärbares Wachstum alarmierte die Behörden, die nach eingeleiteten Untersuchungen zahlreiche Unregelmäßigkeiten feststellten. So etwa, dass die Genossenschaften große Geldsummen bewegten, Tiere billig erwarben und teuer verkauften, wenig investierten und trotzdem hohe Einnahmen verzeichneten, keine Rechnungen ausstellten und gute Gehälter an leitende Angestellte zahlten, die jedoch immer arm blieben. Auch meldeten sie stets gleichbleibende Ernteerträge, obwohl Dürreperioden, Überschwemmungen oder Fröste stattfanden; sie meldeten Einnahmen aus Exportgeschäften, die nie stattgefunden hatten und machten falsche Angaben über Käufe von Materialien oder Veterinärmedikamenten.

Der zweite Weg, den die Guerrilla laut UIAF beschreitet, besteht in der Gründung von Unternehmen, die Schuldtitel aufkauften von Mitgliedern der Kooperativen und von Spar- oder Pensionärsvereinen für deren Beitragsschulden. Ist das Geschäft vollzogen, begleicht das Unternehmen die Schulden und vermischt diese Gelder mit Einnahmen aus illegalen Geschäften, die

zu ihrem Kapital gehören. Die ganze Summe wird eingezahlt auf ein Bankkonto und später von Dritten abgehoben, nach den Kriterien der Finanzaufsicht nun sauberes Geld.

Der dritte Weg ist die Gründung von örtlichen Aktionskomitees, Genossenschaften, kirchlichen Gruppen und anderen und die Bezuschussung von Stiftungen oder bankrotten Produktionsgemeinschaften. Dann werden über Mittelsleute im Namen dieser kleinen Organisationen Wertpapiere erworben die später verkauft oder zur Erzielung von Renditen gehalten werden. Zum Schluss fließen diese Gelder den illegalen Organisationen zu.

Die vierte Modalität der Geldwäsche und Gewinnerzielung besteht in der Gründung von Genossenschaften mit dem Geschäftszweck der Landwirtschaft, der Viehzucht oder dem Vertrieb von Agrarprodukten, deren Gewinne armen Dorfgemeinschaften zufließen sollen. Damit diese Organisationen glaubwürdig wirken, kauft oder errichtet die Guerrilla einen Geschäftssitz und investiert kleinere Kapitalien über Sympathisanten. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Bewohner des Ortes den Kooperativen beitreten und produktive Projekte entwerfen, zu deren Realisierung sie dann Kredite und Subventionen beantragen.

Wenn solche Projekte genehmigt sind, gehen die Mittel von Banken, von den Mitgliedern, vom Staat oder von ausländischen Gebern auf den Konten der Kooperativen ein, die einen kleinen Teil davon für die Durchführung der Projekte einsetzen. Der Rest, so die Aussagen des Untersuchungsberichts, dient der Vergrößerung der Finanzmittel der bewaffneten Gruppen. Wie es in dem Bericht heißt, benutzt die Guerrilla dieses Modell auch zur finanziellen Unterstützung ihrer Kämpfer und deren Familien bei Gesundheit, Bildung, Wohnen und Krediten. Und auch dafür, Spitzeldienste zu finanzieren und ihre soziale Basis zu erweitern.

Die fünfte und letzte Form der Geldwäsche schließt ausländische Unternehmen ein, die über ihre Filialen in Kolumbien große Summen für Organisationen der Zivilgesellschaft spenden, um, wie sie annehmen, soziale Programme in Gang zu setzen. Die Empfängerorganisationen geben einen minimalen Teil für legale Aktivitäten aus, während sie den Rest mit Schecks an Dritte weiterleiten. Letztere heben diese Gelder entweder in bar ab oder investieren sie in Vermögenswerte, die Scheinfirmen gehören. Diese Spenden enden ebenfalls in illegalen Händen, indem sie für fiktive Landkäufe verwendet werden, wobei auf diesen Ländereien angeblich die produktiven Projekte durchgeführt werden.

Auf diesen Wegen hat die Guerrilla erreicht, eine Scheinlegalität des Teils ihrer finanziellen Mittel aufzubauen, der aus illegalen Aktivitäten stammt, versichert die Regierung. Gleichwohl, angesichts der Heimlichkeit des Finanzmanagements dieser Strukturen und der Unfähigkeit des Staates, diese herauszufinden, liegt es nahe vorauszusehen, dass erst nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens das Land erfahren wird, wo sich diese Gelder befinden, wie und wofür sie ausgegeben wurden, wer Teil dieser und anderer komplexer Netzwerke der Geldwäsche war und wieviel von diesen Geldern dazu verwendet werden wird, die Opfer zu entschädigen.